



CDU-FRAKTION  
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG  
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland

## Antrag Nr. 15/154

öffentlich

**Datum:** 25.10.2023  
**Antragsteller:** CDU, SPD

<b>Kulturausschuss</b>	<b>08.11.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>01.12.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>07.12.2023</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>13.12.2023</b>	<b>Beschluss</b>

### Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2024; 75 Jahre Grundgesetz und Demokratieggeschichte der „Bonner Republik“  
Eine Aufgabe für den LVR im Jahr 2024**

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Jubiläumsjahr zu 75 Jahren Grundgesetz 2024 den Beitrag der kommunalen und regionalen Ebenen zur Implementierung und Festigung der Demokratie zu erforschen und zu vermitteln. Dies schließt die Betrachtung des LVR mit ein. Kooperationen mit anderen Institutionen sind erwünscht.

Hierfür werden Dezernat 9 im Jahr 2024 zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR bereitgestellt.

### Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

### Begründung:

Im Jahr 2024 jährt sich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und das Entstehen unserer demokratischen Verfassung zum 75. Mal. Die 1948/49 im Parlamentarischen Rat tagenden Väter und Mütter unseres Grundgesetzes waren geprägt vom Erleben der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Zudem brachten sie ihre beruflichen Erfahrungen aus regionalen und

kommunalen Kontexten mit an den Verhandlungstisch. Der ehemalige Kölner Oberbürgermeister und langjährige Präsident des Preußischen Staatsrats Konrad Adenauer ist dafür das wohl bekannteste Beispiel.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates einte die Idee der Schaffung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in der Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und eine plurale Gesellschaft auf Dauer garantiert sind. Zugleich verankerten sie neben der föderalen Ordnung in Art. 28 II GG den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung.

Nach Kriegsende 1945 hatte in der Besatzungszeit das politische Leben unter demokratischen Vorzeichen als erstes in den Gemeinden, Städten, Kreisen und dann den Ländern wieder begonnen. Die Wahl Bonns als provisorische Hauptstadt des jungen westdeutschen Staates machte zudem das Rheinland für Jahrzehnte zum Schauplatz großer Politik.

Das kommende Jahr gibt Anlass, Gründung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aus kommunaler und regionaler Perspektive zu beleuchten. Dazu gehört ebenso die Betrachtung der „Bonner Republik“ in ihren landesgeschichtlichen Zusammenhängen wie auch der Blick auf die Anfänge des LVR als regionaler Verwaltungsträger. Die inhaltliche Federführung liegt beim LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, das sich diesen Fragestellungen seit Jahren widmet und dabei Partnerschaften auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene pflegt und weiter entwickelt.

Frank Boss

Thomas Böll